

Oder wenn wir erfahren, daß die Obergrenze einer gesamtdeutschen Armee auf 370 000 Mann berechnet werden könnte, dann haben wir auch kein Verständnis dafür, wenn für Beschaffungsmaßnahmen in unserem Ministerium für Abrüstung und Verteidigung eine runde Milliarde angesetzt wird.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, mitunter wird argumentiert, unsere Rüstungsproduktion sichere auch Arbeitsplätze. Das ist eine schlechte, eine falsche Argumentation.

(Starker Beifall)

Wir fordern eine Konzeption zur Überleitung dieser Produktion in eine Produktion für friedliche Zwecke, und damit sollte sofort begonnen werden.

(Beifall)

Gerade jetzt, im Angesicht der Vereinigung, dürfen wir keine Haushaltsmittel mehr für Dinge ausgeben, die eigentlich im Jahre 1991 gegenstandslos werden. Wir fordern Kürzungen in beachtlichen Größenordnungen.

Meine Damen und Herren! Ziel der Fraktion der CDU/DA ist es, die durch die Deckungslücke hervorgerufenen notwendigen Globalkürzungen in allen Etats - und hier möchte ich Arbeit und Soziales und Landwirtschaft ausdrücklich ausnehmen -, wofür vom Finanzminister vergangene Woche 8,4% veranschlagt worden waren, durch verantwortbare Streichungen auf eine Größenordnung zunächst unter 7 % zu minimieren.

Meine Damen und Herren! Wir sehen in dem vorliegenden Haushalt einen Übergangshaushalt. Er findet in seiner Grundkonzeption unsere grundsätzliche Zustimmung. An seiner weiteren Qualifizierung muß das Parlament arbeiten. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

#### **Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Anfrage bzw. zwei Anfragen?

#### **Dr. Seifert (PDS):**

Herr Kollege, Sie sagten, daß Ihre Wähler von Ihnen erwarten, daß Sie die Einheit gut machen, aber so schnell wie möglich. Können Sie mir abnehmen, daß meine Wähler von uns verlangen, daß wir die Einheit machen sollen, aber so gut wie möglich? Können Sie mir glauben, daß es auch solche Wähler gibt?

#### **Krziskewitz (CDU/DA):**

Ich glaube, das schließt sich nicht aus.

(Dr. Seifert, PDS: Das ist aber doch ein Unterschied, ob ich die Qualität in den Vordergrund stelle oder die Quantität.)

Beides gehört zusammen. Man kann das eine von dem anderen nicht trennen. Ich finde, das ist Wortklauberei.

(Beifall bei CDU/DA)

#### **Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:**

Bitte, noch eine Anfrage.

#### **Börner (PDS):**

Herr Abgeordneter, Sie fordern die Konversion und sofortige Umstellung der Rüstungsproduktion, dem ich voll zustimme. Ei-

ne Frage: Stellen Sie diese Forderungen auch für die Rüstungsproduktion in der Bundesrepublik, und halten Sie das im Rahmen des zweiten Staatsvertrages für vereinbar?

Eine zweite Frage. Stimmen Sie mir zu, daß das Ressort Abrüstung und Verteidigung durch Ihre Fraktion besetzt wurde und so eine gewisse Verantwortung für die Entwicklung dieses Ressorthaushaltes besteht?

#### **Krziskewitz (CDU/DA):**

Zu Ihrer ersten Frage. Die Obergrenzen werden im letzten in den Wiener Verhandlungen bestimmt und ausgehandelt werden, und das wird entsprechende Folgerungen bedingen. Davon bin ich überzeugt. Was das konkret bedeutet, so kann ich dem nicht vorgehen. Ich bin nicht für den Etat der Bundesrepublik zuständig oder verantwortlich.

(Beifall bei der CDU/DA)

Verzeihen Sie, die zweite Frage habe ich schon wieder... Können Sie die zweite Frage noch einmal wiederholen?

(Börner, PDS: Die zweite Frage war, daß dieses Ressort Abrüstung und Verteidigung meines Wissens durch Ihre Fraktion besetzt worden ist und daß eine Mitverantwortung Ihrer Fraktion für die Entwicklung dieses Ressorthaushaltes besteht.)

Die Mitverantwortung besteht, und ich habe sie in meinem Statement ausgedrückt. Die Mitverantwortung besteht auch in der Korrektur. Das ist ein ganz normaler demokratischer Vorgang.

(Beifall bei der CDU/DA)

#### **Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:**

Ich rufe nun von der Fraktion der SPD den Abgeordneten Kuessner auf.

#### **Kuessner für die Fraktion der SPD:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Beschlussfassung zum ersten Staatshaushalt nach den freien Wahlen am 18. März und nach der Währungsunion am 1. Juli ist ein historisches Datum. Der vorgelegte Staatshaushalt ist ein weiterer entscheidender Schritt zur demokratischen Umgestaltung unserer Gesellschaft. Mit ihm wird das zentrale staatliche Finanzierungssystem zerbrochen; der Dirigismus von oben wird beendet. Kommunen und später die Länder erhalten Möglichkeiten der Selbstverwaltung und damit der freien Initiative. Bei diesem Staatshaushalt geht es darum, daß Impulse für die Belebung der sozialen Marktwirtschaft und damit für Aktivitäten unserer Bürger und der Bürger- und Interessenvertreter anderer Staaten und hier ganz besonders für Bürger der Bundesrepublik Deutschland gegeben werden.

Zunächst zeigt dieser Haushalt, woher wir kommen, nämlich aus vierzig Jahren dirigistischer Planwirtschaft. In fast allen Ministerien und nachgeordneten Einrichtungen müssen wir aufgeblähte Verwaltungen abbauen. Der Haushalt ist mit vielen Kosten belastet, die uns das alte SED-Regime hinterlassen hat. Der Plan des Ministeriums des Innern weist z. B. 59,5 Mio DM Stornierungskosten auf. Selbst das Einschmelzen von Orden kostet Geld, Geld das für den Aufbau unserer neuen Gesellschaft nicht zur Verfügung steht. Die Altlasten sind nicht nur bei Umweltschäden sehr teuer, sondern auch in den noch vorhandenen alten Strukturen. Darum ist der schnelle strukturelle Umbau, der Umbau für die Zukunft so wichtig.

Haushaltspolitik muß sich an unserer Zukunft und nicht an unserer Vergangenheit orientieren.

(Beifall bei SPD und CDU/DA)